

NACHRICHTEN

# Nur die Friedensbemühungen stehen still

## Die Auseinandersetzungen zwischen Staaten und abtrünnigen Regionen flammen in ganz Osteuropa wieder auf

### Republikaner blasen zum Angriff gegen Obama

Washington. Die US-Republikaner warnen nach ihrem Wahlsieg Präsident Barack Obama vor politischen Alleingängen. Obama dürfe nicht mit präsidentialen Verordnungen am Parlament vorbeiregieren, sagte Senator Mitch McConnell. Der 72-jährige McConnell gilt als Scharfmacher und knallharter Obama-Gegner. Bereits am Mittwoch griff er Obama wegen seiner Klimavereinbarungen mit China an. *dpa/nd*

### Grundzüge neuer Charta in Burkina Faso

Ouagadougou. Nach dem Sturz von Präsident Blaise Compaoré in Burkina Faso haben sich Vertreter der Armee und der Zivilgesellschaft auf die Grundzüge einer neuen Staatsordnung geeinigt. Der Entwurf einer »Übergangscharta« für das Land lag AFP am Mittwoch vor. Allerdings muss das Ergebnis der Verhandlungen vor der Unterzeichnung noch der Armeeführung vorgelegt werden. Dem Entwurf zufolge hat sich die Armee bereiterklärt, einen gewählten Zivilisten an der Spitze des Nationalen Übergangsrats zu akzeptieren. *AFP/nd*

### Amnesty wirft Angola schwere Verbrechen vor

Johannesburg. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat der Regierung und den Sicherheitskräften in Angola ein brutales Vorgehen gegen Oppositionelle vorgeworfen. Das Land im Südwesten Afrikas habe sich zu einem Staat entwickelt, »dessen Regierung Kritik von ihren Bürgern nicht erträgt«, heißt es in einem am Donnerstag veröffentlichten Bericht. Es gebe »rechtswidrige Verhaftungen, außergerichtliche Tötungen und das Verschwinden« von Oppositionellen. *AFP/nd*

### US-Manöver in Südkorea

Seoul. Südkorea und die USA haben eine gemeinsame neuntägige Luftwaffenübung begonnen. Wie die südkoreanische Nachrichtenagentur Yonhap am Donnerstag berichtete, sprach ein Oberst der südkoreanischen Luftstreitkräfte von einem kriegsähnlichen Training zum vierten Jahrestag der nordkoreanischen Angriffe auf die südkoreanische Insel Yeonpyeong. *dpa/nd*

Seit Beginn der Ukraine-Krise häufen sich Vorfälle in benachbarten Konfliktregionen wie Aserbaidschan und Moldawien. Dort könnte die aktuelle Eskalation in der Ukraine die Gewalt neu entfachen.

Von Irina Wolkowa, Moskau

Die neuerlichen Spannungen in der Ostukraine lassen auch die Gewaltbereitschaft bei den sogenannten schwelenden Konflikten im post-sowjetischen Raum eskalieren. Vor allem in Moldawiens abtrünniger Slawenregion Transnistrien und in Berg-Karabach. Die mehrheitlich von Armeniern bewohnte Region spaltete sich 1988 von Aserbaidschan ab. Zwar vermittelte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hier wie dort einen Waffenstillstand. Friedensverträge, die auch den völkerrechtlichen Status der umstrittenen Gebiete einvernehmlich regeln, scheiterten bisher jedoch an den einander ausschließenden Forderungen der Konfliktparteien.

Beide Seiten verstoßen in beiden Fällen von jeher gegen den Waffenstillstand. Seit Beginn der Ukraine-Krise häufen sich Zwischenfälle jedoch. Allein die Positionengefechte an den Demarkationslinien in Berg-Karabach Anfang August endeten mit Dutzenden Toten. Weitere gab es am Mittwochabend zu beklagen, als die aserbaidschanische Luftwaffe einen Kampfhubschrauber der Abtrünnigen abschoss. Dieser, so das Verteidigungsministerium in Baku, habe versucht, aserbaidschanische Stellungen anzugreifen. Anfangs war sogar von einem Helikopter der Republik Armenien die Rede. Sie ist



Liebesbekundung an Putin in Tiraspol, der Hauptstadt Transnistriens, bei den diesjährigen Feiern zum 9. Mai Foto: AFP/Vadim Denisov

Schutzmacht und Zahlmeister der Separatisten. So wie Russland in Transnistrien, wo die Lage derzeit noch brenzlicher ist als im Südkaukasus.

Die regierende pro-europäische Koalition könnte bei den moldawischen Parlamentswahlen am 30. No-

vember die absolute Mehrheit verfehlen und wolle sich daher die Stimmen der Bürgerkriegsveteranen sichern, die 1992 die Abspaltung Transnistriens verhindern wollten, schreibt die »Nesawissimaja Gaset«.

Die Veteranen würden auf eine militärische Lösung des Konflikts drängen. Gebraucht werde nur noch ein plausibler Anlass. Die Separatisten wollen von einem Informanten aus dem moldawischen Innenministerium erfahren haben, dass dort bereits Szenarien für eine Provokation an der Demarkationslinie am Dnestr durchgespielt werden. Damit solle nicht nur

den Separatisten der Kampf aufgezungen werden, sondern auch den in Transnistrien stationierten russischen Blauhelmen und dem Kontingent, das die riesigen Munitionsdepots aus Sowjetzeiten bewacht. Vor allem mit logistischen Problemen bei der Vernichtung der Bestände erklärt Moskau immer wieder den Aufschub des Abzuges, zu dem Russland von der OSZE bereits in den 1990er Jahren verpflichtet wurde.

Greifen indes die russischen Soldaten in den Konflikt der Separatisten mit Rumpfmoldawien ein, würde dessen Regierung das zum Anlass nehmen, um NATO-Mitglied Rumänien, zu dem ein Großteil Moldawiens bis zum Hitler-Stalin-Pakt gehörte, um Entsendung von Truppen zu bitten.

So jedenfalls zitierte die »Nesawissimaja« Oleg Beljakow, den Vertreter Transnistriens in der Gemeinsamen Kontrollkommission, die die Einhaltung des Waffenstillstands überwacht und auf Antrag der Separatisten zu einer Dringlichkeitssitzung zusammenzutreten soll. Moldawien habe Montagabend versucht, den Abflug von Separatistenchef Jewgeni Schewtschuk nach Moskau zu verhindern. Dort sagte ihm Vizepremier Dmitri Rogosin zwar weitere Unterstützung zu. In der Praxis dürfte das schwierig werden. Die Ukraine hat die Grenzen zu Transnistrien geschlossen und dürfte wegen des Quasi-Kriegszustands mit Moskau auch die Überflugrechte verweigern, zumal für die Aufstockung der Truppen in Transnistrien. Russlands Soldaten und Blauhelme, warnt die »Nesawissimaja«, wären bei Wiederaufflammen der Kämpfe völlig auf sich allein gestellt.

## Geeint im Kampf gegen den Hass

### Bei »Hate crime« stehen Nichtregierungsorganisationen in Russland und der Ukraine vor ähnlichen Problemen

Übergriffe auf Migranten – von rechten Schlägern und staatlichen Behörden – beschäftigen die Zivilgesellschaft in der Ukraine und in Russland. In Berlin tauschten sie sich öffentlich darüber aus.

Von Johannes Spohr

Anastasia Denisowa muss nicht lange überlegen, um ein aktuelles Beispiel für »hate crime« – Hasskriminalität – zu liefern. Just vor ihrer Reise nach

Berlin wurde sie Zeugin eines Vorfalls in einem Regionalzug. Maskierte, mit Baseballschlägern bewaffnete Männer, stiegen in den Zug, riefen rassistische Parolen, filmten sich dabei. Sie suchten »nicht-slawisch« aussehende Menschen. Als die Maskierten Kontrolleure erblickten, flohen sie.

Diese als »white car« bezeichnete Methode der Menschenjagd ist zuletzt in Moskau Alltag geworden und geht häufig weniger glimpflich aus. »Die Atmosphäre ist für Migranten von Angst und für Täter von Straflosigkeit geprägt«, so Denisowa. Sie ist auf Einladung der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) nach Berlin gekommen, um über die Entwicklung von Hasskriminalität in Russland, der Ukraine und Deutschland zu diskutieren.

Die Stiftung EVZ widmet sich seit 2010 im Rahmen des Förderprogramms »Stop hate crime« der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen (NGOs). Ob in Moskau oder Kiew, in der Regel steht das Thema nicht sehr weit oben auf der Agenda. Anders als auf Regierungsebene gibt es auf diesem Feld unter NGOs jedoch konstruktiven Austausch und Vernetzung.

Denisowas Civic Assistance Committee unterstützt bereits seit 1990 vor allem Arbeitsmigranten aus zentralasiatischen Ländern, die nicht nur strukturell von Diskriminierung betroffen, sondern auch besonders gefährdet für Hasskriminalität seien. Allgemein anerkannten Definitionen

»Die Atmosphäre ist für Migranten von Angst und für Täter von Straflosigkeit geprägt.«

Anastasia Denisowa, Civic Assistance Committee

Straße gehen, führte die Polizei u.a. in Moskau Durchsuchungen durch und verhaftete etwa 7000 Migranten. Bei über 800 von ihnen wurde bereits eine Abschiebung erwirkt.

Irene Fedorowitsch vom Social Action Centre/No Borders Project berichtete, dass sich die Situation in Kiew seit den Maidan-Protesten erheblich verändert habe. Nachdem es 2013 einige kleine Erfolge wie Arbeitsgruppentreffen mit der Polizei und der OSZE gegeben habe, sei inzwischen die Bekämpfung von Hassverbrechen anderen, vermeintlich dringenderen Aufgaben untergeordnet worden. Gleichzeitig habe es seit den Maidan-Protesten einen besorgniserregenden Anstieg der von ihrer Organisation dokumentierten Übergriffe auf Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) gegeben. Beim diesjährigen Pride sei ein Klub angegriffen sowie im Oktober ein Kino angezündet worden, im dem LGBT-Filme als Teil des »Molodist«-Filmfestivals gezeigt werden sollten. Gegen die Einbeziehung von LGBT in ein neues Antidiskriminierungsgesetz, das der EU-Assoziierung der Ukraine folgte, hätten sich die meisten Parlamentarier zur Wehr gesetzt.

Auch Berichte von Übergriffen, bei denen als Grundlage das Sprechen der ukrainischen Sprache und Maidan-Aktivismus vermutet wird, seien in den letzten Monaten häufig berichtet worden. Da diese Vorwürfe jedoch vornehmlich von der Krim oder aus dem umkämpften Osten des Landes kämen, sei es schwer, sie zu bewerten.

Während ein neues NGO-Gesetz, das noch von der alten Regierung in Kiew eingebracht wurde und die Arbeit der mit ausländischen Geldern arbeitenden NGO erschweren sollte, gekippt wurde, leidet das Civic Assistance Committee in Moskau genau unter einem solchen russischen Gesetz. Das 2012 eingeführte aufwendige Prüfverfahren hat sie nicht bestanden. Die Registrierung als »ausländische Agenten« wurde abgelehnt. Wie es nun weitergeht, weiß Denisowa nicht: »Es wurde nicht nur großer bürokratischer Aufwand erzeugt, sondern auch eine bestimmte Atmosphäre.« Die Polizei nehme Hasskriminalität nicht als solche wahr, sondern ermittle wegen »Extremismus« – zum Schutz der Regierung, nicht der Menschen, die die nächsten Opfer sein könnten.

ANZEIGE

Weggehen und rebellieren im Sommer 1989 kehren Zehntausende der DDR den Pöbeln Bunte Revolutionäre die Wende in der DDR – und dem Ende. Seite 4

Was für ein Sommer! Die Wende in der DDR – und dem Ende. Seite 8

Die Wende in der DDR – und dem Ende. Seite 12

**Volks Begehren**

Nur 3,00€ (inkl. Versand)

25. Jahrestag der Wende-Demo auf dem Alexanderplatz. Eine Beilage gemacht von Ossis und Wessis.

neues deutschland

## Empörung, Trauer und Wut brechen sich Bahn

### Demonstranten zünden in mexikanischer Provinzhauptstadt Regionalkongress des Bundesstaates an

Das Entsetzen über den mutmaßlichen Mord an 43 Studenten ist in Mexiko in offene Wut umgeschlagen. In Chilpancingo stürmten am Mittwoch Demonstranten den Sitz der Regionalregierung.

Chilpancingo. Nach dem mutmaßlichen Mord an Dutzenden Studenten in Mexiko haben Demonstranten das Regionalparlament des Bundesstaates Guerrero im Südwesten des Landes gestürmt. Sie legten am Mittwoch Feuer im Plenarsaal, randalierten in der Bibliothek und setzten Fahrzeuge in Brand. Zuvor waren die aufgebracht Lehrern in der Pro-

vinzhauptstadt Chilpancingo in Büros des regionalen Bildungsministeriums eingedrungen. Vor dem Gebäude zündeten Mitglieder der Gewerkschaft Ceteg Möbel und Dokumente an. Im Bundesstaat Veracruz griffen Demonstranten eine Gruppe von Sportlern an, die die Fackel der Zentralamerikanischen Spiele zum Austragungsort bringen. Sie skandierten »Wir wollen keine Spiele, wir wollen Gerechtigkeit« und löschten die Fackel.

Bereits in den vergangenen Tagen war es in der Region und in der mexikanischen Hauptstadt zu Krawallen gekommen. Studenten und Angehörige

besetzten vorübergehend den Flughafen der Großstadt Acapulco. In Mexiko-Stadt versuchten Demonstranten, in den Nationalpalast einzudringen und legten Feuer an einem der Tore.

Die Wut der Demonstranten richtet sich gegen die Behörden, die ihrer Meinung nach zu wenig für die Aufklärung des Verbrechens in der Stadt Iguala tun. Korrupte Polizisten hatten dort Ende September 43 Lehramtsstudenten verschleppt und der kriminellen Organisation »Guerreros Unidos« übergeben. Inhaftierte Bandenmitglieder gestanden mittlerweile, die Studenten getötet und ver-

brannt zu haben. Drahtzieher der Tat soll das Bürgermeisterehepaar von Iguala sein.

Gewissheit soll nun eine Untersuchung der am Totort entdeckten Knochen in Österreich bringen. Die menschlichen Überreste wurden am Mittwoch ins forensische Institut der Universität Innsbruck geschickt. Mittels DNA-Analyse wollen die Wissenschaftler klären, ob die Knochenfragmente von den verschleppten Studenten stammen. Angehörige der Opfer akzeptieren die bisherigen Ermittlungsergebnisse nicht. Sie hoffen, dass die Studenten noch am Leben sind. *dpa/nd*